

## Ist ›Haltung zeigen‹ immer gut?

Ordonomische Warnhinweise zur Gefährdung der Demokratie durch Diskursversagen

### 1. Einleitung

Aus der Perspektive des ordonomischen Forschungsprogramms (vgl. Pies 2009a; 2009b; 2022a; 2022b; 2025) lässt sich die im Titel aufgeworfene Frage mit einem klaren ›nein‹ beantworten, und zwar aus folgendem Grund: Das imperativische Einfordern von ›Haltung‹ ist mindestens *doppeldeutig* – und als moralisches Phänomen sogar *normativ ambivalent*. Zwei Fälle sind zu unterscheiden. Im ersten Fall ist die mit einer moralischen ›Haltung‹ verbundene Unnachgiebigkeit gesellschaftlich funktional und deshalb generell erwünscht, im zweiten Fall dysfunktional und sogar moralisch bedenklich. Einerseits löst ›Haltung‹ ein Problem, andererseits erschwert ›Haltung‹ eine Problemlösung. Es kommt also auf den Kontext an.

(1) Im Kontext der Sozialisierung eines Individuums gehört es zur Charakterbildung, eine moralische Haltung *einzunehmen*, sie zur *Gewohnheit* werden zu lassen und so schließlich Haltung *anzunehmen*. Hier geht es um ein Zusammenspiel von Norminternalisierung und Willenskraft, bei dem eingeübt wird, Versuchungen zu widerstehen und das eigene Handeln mit stärkerer Langfristorientierung und mit ausgeprägterer sozialer Rücksichtnahme auszurichten – mit einem geschärften Blick für die *intertemporalen* und *interpersonalen* Auswirkungen und Rückwirkungen, mit denen man innerhalb der eigenen Moralgemeinschaft klugweise rechnen sollte. In diesem Kontext heißt›Haltung‹, sich eine moralische Einstellung durch aktiv antrainierte Routinen zur zweiten Natur werden zu lassen, also Laster zu meiden und Tugenden zu erwerben, auf die sich andere verlassen können, weil sie für das Individuum zum Selbstverständnis als moralisches Subjekt gehören und mithin für die eigene Identität als Person konstitutiv geworden sind. In diesem Kontext erscheint ›Haltung‹ als ein wertvolles Gut, das man sich mühsam, aber mit Aussicht auf Ertrag erarbeitet, indem man einen Bildungsprozess durchläuft, der damit beginnt, von anderen erzogen zu werden, und der damit endet, sich schließlich selbst zu erziehen und erwachsen zu werden. Wer dann als Erwachsener ›Haltung zeigt‹, hilft den jüngeren, allererst noch zu sozialisierenden Mitgliedern der Moralgemeinschaft bei *ihrem* Charakteraufbau, indem er sie auf Regelverstöße *hinweist* und für Regelverstöße *zurechtweist*, also *Gründe* und *Anreize* in Anschlag bringt, die die Moralpraxis der Gemeinschaft stabilisieren und tradieren.

(2) Im Kontext des gesellschaftlichen Zusammenlebens moralischer Gemeinschaften (Plural!) nimmt ›Haltung zeigen‹ hingegen eine ganz andere Bedeutung

an. Hier geht es nicht länger darum, in der Auseinandersetzung mit der *eigenen* Moralgemeinschaft erwachsen zu *werden* oder anderen Mitgliedern der eigenen Gemeinschaft beim moralischen Erwachsenwerden zu *helfen*, sondern vielmehr darum, als bereits *Erwachsener* die Auseinandersetzung mit *anderen* Moralgemeinschaften zu führen, die ebenfalls aus bereits erwachsenen Personen mit einer individuell je eigenen moralischen Haltung bestehen. Wer hier ›Haltung zeigt‹, fordert damit (auch) eine Normbefolgung ein, die unterstellt, dass die *eigenen* Normen für *andere* Geltung haben sollten. Das ist in zweierlei Hinsicht problematisch.

Erstens wird durch ›moral grandstanding‹ (vgl. Tosi/Warmke 2016; vgl. auch ebd. 2020) den Mitgliedern der In-Group signalisiert, dass hier eine Frage von Gut und Böse verhandelt wird, die zur Parteinaahme und schließlich zum Freund-Feind-Denken einlädt. Das löst in der eigenen Gruppe soziale Dynamiken aus, durch die man an Status gewinnen kann, indem man die In-Group verteidigt und die Out-Group(s) angreift. Zweitens wird Mitgliedern der Out-Group(s) mitgeteilt, dass ihre Gemeinschaftsnormen nicht anerkannt werden. Hier wird *Intoleranz* signalisiert. Das erzeugt nicht nur Streit, sondern setzt in den anderen Moralgemeinschaften die gleiche Freund-Feind-Logik in Gang, derzufolge Angriff die beste Verteidigung ist. Beides zusammen verändert grundlegend den Diskurs. Anstatt *miteinander* zu kommunizieren und eine Verständigung anzustreben, welche Regeln sinnvollerweise zur Anwendung kommen sollten und mithin Geltung beanspruchen dürfen, redet man lieber *übereinander* – und häufig auch *aneinander vorbei*. Man wendet sich nicht mehr mit *Überzeugungsargumenten* an die Out-Group, sondern mit reinen *Bekundungsargumenten* an die In-Group.

In diesem Kontext kommt ›Haltung zeigen‹ der Einstellung gleich, möglichst unnachgiebig zu erscheinen, jedes Verständnis bereits als Zugeständnis zu diskreditieren und ja keine Kompromisse zuzulassen, weil jede noch so kleine Konzession als prinzipieller Verrat der eigenen Werte und letztlich als Preisgabe moralischer Identität aufgefasst wird. So betrachtet läuft ›Haltung zeigen‹ darauf hinaus, den Prozess diskursiver Konfliktlösung im Modus moralischer Borniertheit schwerwiegend zu behindern und sogar ganz außer Kraft zu setzen.

(3) In der Literatur ist diese Kontext-Differenzierung – und mithin die normative Ambivalenz einer moralischen ›Haltung‹ – am klarsten von Joshua Greene ausgearbeitet worden (vgl. Greene 2013 sowie die kritische Weiterentwicklung bei Pies 2022c; 2024). Er benennt den ersten Problemkontext als ›ME versus US‹ und den zweiten Problemkontext als ›US versus THEM‹. Im ersten Problemkontext erweist sich ›Haltung‹ als funktional, weil sie hilft, die Kooperation innerhalb einer Moralgemeinschaft zu fördern, indem sie Konflikte löst, weil sie zur Einhaltung unstrittiger Regeln anhält. Wir haben es hier mit einer aufgeklärten und erwünschten Unnachgiebigkeit zu tun. Im zweiten Problemkontext erweist sich ›Haltung‹ als dysfunktional, weil sie die Kooperation zwischen Moralgemeinschaften erschwert: Sie verschärft Konflikte, weil sie ausgerechnet dort Regelkonformität einfordert, wo grundsätzlich strittig ist, welche Regeln Geltung beanspru-

chen dürfen. Wir haben es hier mit einer unaufgeklärten und unerwünschten Unnachgiebigkeit zu tun, die als Hindernis im Wege steht, wo es darum geht, zur Konfliktlösung geeignete Regeln zu finden – und notfalls zu erfinden.

Man kann es auch so ausdrücken: Im ersten Problemkontext (ME versus US) emergiert ›Haltung‹ in einem Prozess moralgemeinschaftlicher Regelbefolgungspraxis. Dagegen ist normativ nichts einzuwenden. Ganz im Gegenteil! Wir haben es hier mit einem zwar kultivierungswürdigen, aber prinzipiell begrüßenswerten Moralphänomen zu tun. Im zweiten Problemkontext (US versus THEM) verhält es sich jedoch grundlegend anders, und zwar aufgrund eines moralischen (Selbst-)Missverständnisses: Das hier zu lösende Problem besteht nicht darin, angesichts eines bereits bestehenden Regelkonsenses für Normbefolgung zu sorgen, sondern vielmehr darin, angesichts eines noch *nicht* bestehenden Regelkonsenses eine geeignete Norm*finding* zu organisieren. Werden diese beiden Probleme miteinander verwechselt, entsteht eine *Moralkonfusion*, in deren Folge die ursprüngliche Tugendhaftigkeit von ›Haltung zeigen‹ zur Lasterhaftigkeit mutiert. Anders formuliert: Man begeht einen Kategorienfehler, also einen intellektuellen *Denkfehler*, wenn man nicht merkt, dass der gemeinschaftsintern funktionale Argumentationsmodus, Normbefolgung einzufordern, genau dort dysfunktional wird, wo es eigentlich darum geht, gemeinschaftsextern – also zwischengemeinschaftlich und insofern gesellschaftsintern – Norm*finding* zu betreiben. Als These zugespitzt: ›Haltung zeigen‹ entschärft gemeinschaftsinterne Konfliktlagen und verschärft zugleich gesellschaftsinterne Konfliktlagen, sofern die strikt zu unterscheidenden Moralprobleme der Normbefolgung und der Norm*finding* kategorial verwechselt werden.

(4) Im Folgenden gilt es, diese These weiter zu entfalten. Insbesondere soll – als *inhaltliche Take-Home-Message* – deutlich werden, dass die hier identifizierte *Moralkonfusion* zu einem *Diskursversagen* beiträgt, das sich als *Achillesferse der Demokratie* erweisen könnte. Deutlich werden soll zudem, dass aus dieser Diagnose auch eine Therapie gefolgert werden kann. Insgesamt geht es darum, die ordonomische Vorgehensweise – das aufeinander abgestimmte Zusammenspiel von Problemstellung, Problembearbeitung und Problemlösung – vor Augen zu führen. Damit lässt sich die *methodische Take-Home-Message* dieses Beitrags vorab wie folgt formulieren: Ethik muss auf analytische Distanz zu ihrem Forschungsgegenstand gehen, um sich zu befähigen, die Moral im Namen der Moral kritisieren und korrigieren zu können.

Die methodischen und inhaltlichen Thesen hängen wie folgt zusammen: Moralkonfusion kann dazu führen, dass ein moralisches Phänomen wie der ›gute Wille‹, ›Haltung zu zeigen‹, einer Verwirklichung moralischer Anliegen im Wege steht und deshalb ethischer (= moraltheoretischer) Aufklärung bedarf, wenn moralischer Fortschritt möglich sein soll. In diesem Sinne versteht sich die Ordonomik als Theorie für die Praxis.

(5) Die nun folgende Argumentation gliedert sich gedanklich in drei Schritte. Im ersten Schritt (Abschnitt 2) wird eine empirische Bestandsaufnahme zum Diskurs-

versagen erhoben. Im Sinne einer Anamnese wird dokumentiert, dass wichtige politische Debatten in westlichen Gesellschaften durch das Phänomen *affektiver Polarisierung* gekennzeichnet sind, was ihre Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt. Im zweiten Schritt (Abschnitt 3) wird eine theoretische Erklärung hierfür geliefert. Im Sinne einer Diagnose wird erläutert, dass die affektive Polarisierung auf eine *Moralisierung* politischer Diskurse zurückzuführen ist und dass es *strukturelle Gründe* gibt, die eine solche Moralisierung begünstigen und vorantreiben. Im dritten Schritt (Abschnitt 4) werden praktische Reformvorschläge zur Diskussion gestellt, wie man der Tendenz zum Diskursversagen wirksam begegnen könnte. Im Sinne einer Therapie werden Überlegungen entwickelt, was individuell und kollektiv getan werden kann, um die *epistemische Leistungsfähigkeit* der demokratischen Öffentlichkeit (wieder) zu steigern.

## 2. Anamnese: Zur Polarisierung politischer Diskurse

In diesem Abschnitt werden einige empirische Befunde zur Polarisierung politischer Diskurse dokumentiert.

(1) Das Edelman Trust Barometer 2023 führt vier Faktoren an, die als Treiber gesellschaftlicher Polarisierung gelten: (a) wirtschaftliche Abstiegsängste, (b) die Erosion institutionellen Vertrauens (in die Regierung, die Unternehmen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und in die Medien), (c) gravierende Wahrnehmungsunterschiede zwischen Arm und Reich im Hinblick auf die Vertrauenswürdigkeit ihrer Umwelt sowie (d) die mediale Fragmentierung der Öffentlichkeit (vgl. Edelman 2023a: 4).

Zu (a): Im Deutschland-Report des Edelman Trust Barometers 2023 wird ausgewiesen, dass nur 15 Prozent der Deutschen glauben, dass es ihnen und ihrer Familie in fünf Jahren wirtschaftlich besser gehen wird. 2022 waren es noch 22 Prozent (vgl. Edelman 2023b: 5). Man sieht: Der wirtschaftliche Pessimismus ist ausgeprägt.

Zu (b): Ferner wird in Deutschland keiner Institution mehr vertraut. Die Unternehmen lagen 2023 mit 50 von 100 möglichen Punkten gerade im neutralen Bereich. Misstraut wird der Regierung (47 Punkte), den Medien (47 Punkte) und den zivilgesellschaftlichen Organisationen (41 Punkte) (vgl. ebd.: 7). Hohe Vertrauenswerte hingegen genießen in Deutschland Nachbarn (63 Punkte), Kollegen am Arbeitsplatz (71 Punkte) und Wissenschaftler (71 Punkte) (vgl. ebd.: 10).

Zu (c): Die oberen 25 Prozent der Einkommensbezieher in Deutschland haben ein größeres Vertrauen in die institutionelle Umwelt (in die Regierung, die Unternehmen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und in die Medien) als die unteren 25 Prozent. Die Vertrauenswerte der ersten Gruppe liegen bei 60 Punkten, die der zweiten Gruppe bei 42 Punkten (vgl. ebd.: 11).

Zu (d): Im Deutschland des Jahres 2023 halten 41 Prozent der Bevölkerung die Regierung für eine Quelle falscher oder irreführender Informationen. Demge-

genüber stufen 44 Prozent die Regierung als eine vertrauenswürdige Informationsquelle ein. Die entsprechenden Zahlen lauten für die Unternehmen 33 Prozent und 40 Prozent, für die Medien 40 Prozent und 46 Prozent sowie für die zivilgesellschaftlichen Organisationen 30 Prozent und 45 Prozent (vgl. ebd.: 9).

(2) Im globalen Kontext fragt das Edelman Trust Barometer 2023 die Bevölkerung, ob sie ihr Land als stark gespalten einstuft und ob sie die gesellschaftlichen Gräben für nur schwer überbrückbar hält. In der Kombination dieser beiden Dimensionen werden insgesamt sechs Staaten ausgemacht, die als stark polarisiert gelten. Das mit Abstand am stärksten polarisierte Land ist Argentinien. Ebenfalls in die Spitzengruppe gehören Kolumbien, die USA, Südafrika, Spanien und Schweden. Gemäß dieser Kategorisierung liegt Deutschland 2023 in der Gefahrenzone starker Polarisierung, gemeinsam mit den europäischen Nachbarn Italien und Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden. Abbildung 1 gibt einen Gesamtüberblick.

(3) In der Politikwissenschaft arbeitet man verstärkt mit dem Konzept ›affektiver Polarisierung‹. Damit ist gemeint, dass sich die Anhänger unterschiedlicher politischer Positionen und Parteien mit Achtungsentzug und sogar aktiver Missachtung bis hin zur Verachtung begegnen. Auf thematische Meinungsverschiedenheiten reagiert man dann gegenüber der Gegenseite nicht nur mit inhaltlicher Ablehnung, sondern auch mit persönlicher Abwertung, mit emotionaler Antipathie. So werden aus Andersdenkenden politische Feinde, die nicht mehr darauf bedacht sind, eine sachliche Auseinandersetzung zu führen, sondern stattdessen Identitätskonflikte auszutragen.

Mittlerweile liegt eine umfangreiche Studie vor, die Deutschland und die europäischen Nachbarn im Hinblick auf affektive Polarisierung untersucht hat (vgl. Herold et al. 2023). Die Datenerhebung erfolgte im Herbst 2022. Befragt wurden 20.000 Menschen in Deutschland sowie in neun weiteren EU-Mitgliedsstaaten. Folgende Befunde sind hier von besonderem Interesse:

- »Im Querschnitt aller untersuchten Themenfelder weist Italien das höchste Maß an affektiver Polarisierung in Europa auf, mit deutlichem Abstand vor Griechenland und Ungarn. Befragte aus den Niederlanden und Tschechien zeigen sich im Gegensatz dazu am wenigsten polarisiert. Deutschland befindet sich im Mittelfeld« (ebd.: 6).
- Europaweit sind die am stärksten polarisierenden Themen der Klimawandel und die Zuwanderung (vgl. ebd.).

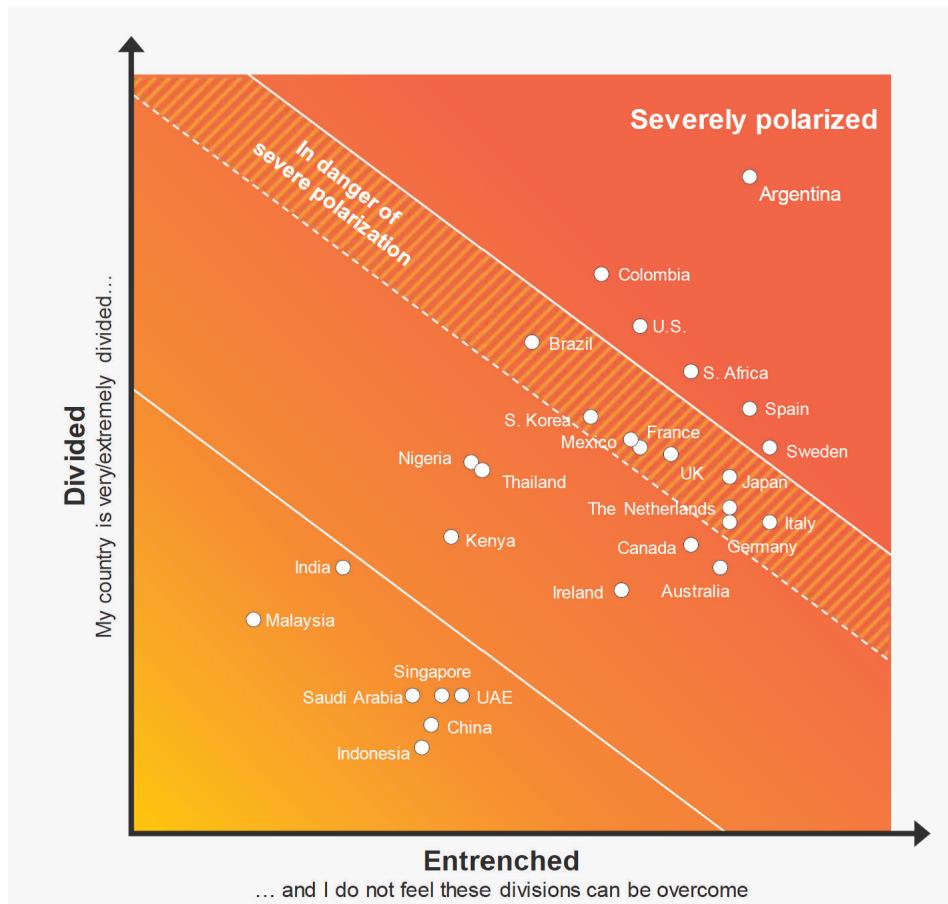


Abbildung 1: Deutschland in der Gefahrenzone gravierender Polarisierung  
 (Quelle: Edelman 2023a: 15)

- Europaweit gilt: »Wer ... eher progressive, auf politische Veränderung abziehende Positionen vertritt, tendiert im Schnitt deutlich stärker dazu, ähnliche Positionen sehr positiv, abweichende hingegen sehr negativ zu bewerten. Personen hingegen, die eher konservative Ansichten teilen oder sich in der politischen Mitte verorten, zeigen sich weniger stark polarisiert« (Herold et al. 2023: 6).
- Speziell für Deutschland gilt: »Wählerinnen und Wähler von AfD und Grünen weisen in Deutschland das höchste Maß an Polarisierung auf, tendieren also am stärksten dazu, Personen mit abweichenden Meinungen negativ zu bewerten« (ebd.: 10).

(4) Auf die Frage: »Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?« (Petersen/Schmidt 2023: 18), gaben im November 2022 in einer repräsentativen Umfrage für Deutschland 40 Prozent der Befragten an, sie hätten das Gefühl, frei reden zu können. Demgegenüber antworteten 44 Prozent, es sei besser, vorsichtig zu sein (vgl. hierzu Abbildung 2).

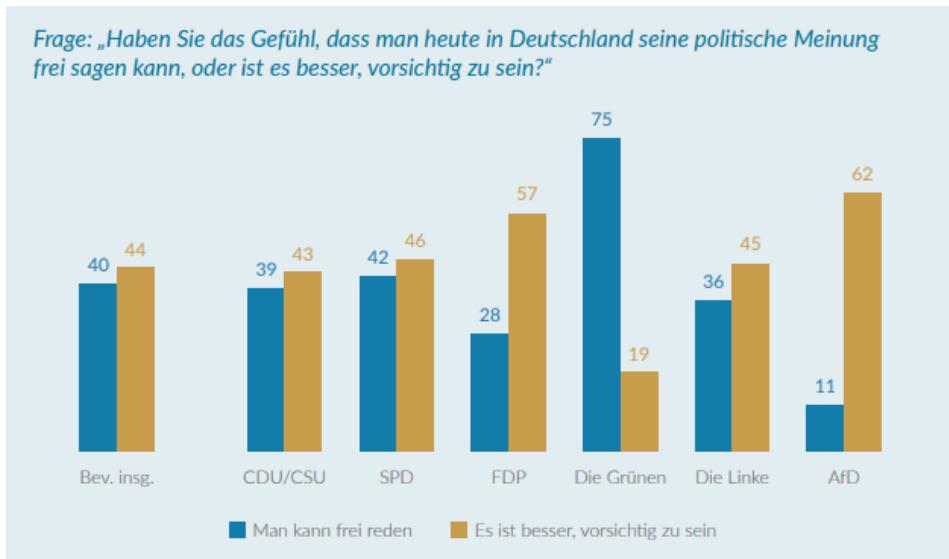


Abbildung 2: Politische Meinungsfreiheit wird im Parteienspektrum unterschiedlich wahrgenommen (Quelle: Petersen/Schmidt 2023: 19)

Interessanterweise ist das Gefühl subjektiver Meinungsfreiheit im Parteienspektrum sehr unterschiedlich verteilt. Hier gibt es eine deutliche Asymmetrie zwischen links und rechts, genauer: zwischen den Anhängern der Grünen (frei 75 %, vorsichtig 19 %) und den Anhängern der AfD (frei 11 %, vorsichtig 62 %).

Abbildung 3 gibt einen Überblick, wie sich das Klima der Meinungsfreiheit in Deutschland seit 1990 entwickelt hat.

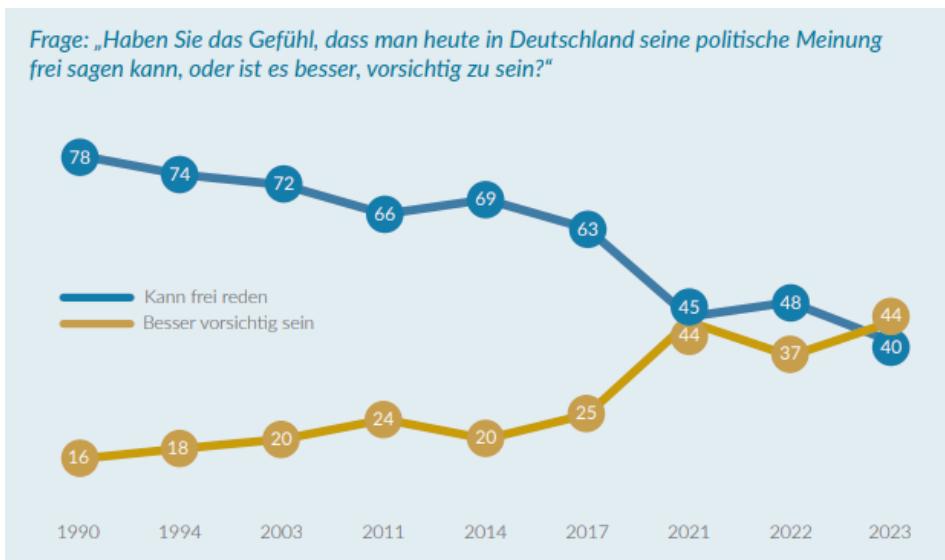


Abbildung 3: Zum Klima der Meinungsfreiheit in Deutschland, 1990-2023  
 (Quelle: Petersen/Schmidt 2023: 73)

(5) Die Politikwissenschaftler Somer und McCoy sprechen von ›bösertiger Polarisierung‹, wenn sie demokratiegefährdende Ausmaße annimmt. Aus ihrer Sicht liegt ›pernicious polarization‹ vor, wenn

›political polarization (...) divides electorates into mutually antagonistic ‚us‘ vs. ‚them‘ camps and collapses normal cross-cutting interests and identities into two mutually exclusive identities. It has a high potential to extend into social relations, whereby political identity becomes a social identity, and it takes on characteristics of political tribalism in which members of each camp feel loyalty and sympathy toward their own political group and distrust and antipathy toward the other. In the extreme, each camp comes to view the other as an existential threat to the nation or their way of life. This type of polarization severely undermines the capacity of democracies to survive‹ (Somer/McCoy 2019: 8f.).

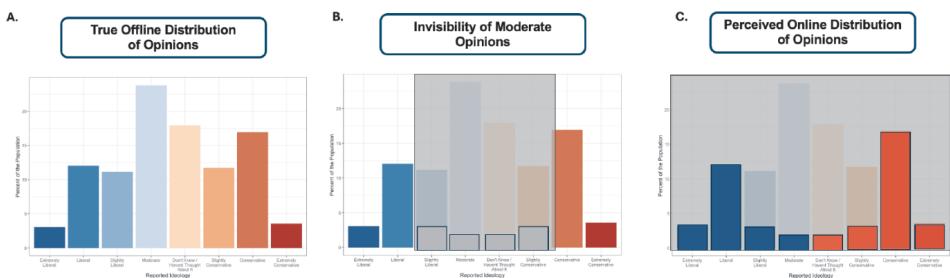
Dieses Zitat führt vor Augen, wie demokratiegefährdet Extremformen affektiver Polarisierung sein können. Es zeigt aber auch, wie eng der Zusammenhang ist zwischen *affektiver* Polarisierung einerseits und einer *Moralisierung* politischer Themen andererseits. Moralisierung befürwortet eine tribalistische Eskalationslogik und lädt zum Freund-Feind-Denken ein. Damit stellt sich die Frage, was diese Tendenz zur Moralisierung politischer Themen auslöst. Mögliche Antworten werden im nächsten Abschnitt diskutiert. Somit wechselt die Argumentation von der Anamnese zur Diagnose.

### 3. Diagnose: Moralisierung als Treiber der Polarisierung

(1) Für die USA liegen Daten vor, die darauf schließen lassen, dass die affektive Polarisierung ganz wesentlich durch (un-)soziale Medien vorangetrieben wird. So ist beispielsweise bekannt, dass auf der Internetplattform ›X‹ (vormals ›Twitter‹) die politisch extremen User sehr viel stärker aktiv sind und Tweets absetzen als der politisch moderate Bevölkerungsdurchschnitt. Hierzu liest man bei Robertson et al. (2024: 4f.):

»[A] recent analysis found that 97 % of political posts from Twitter/X came from just 10 % of the most active users on social media, meaning that about 90 % of the population's political opinions are being represented by less than 3 % of tweets online (...) This is a marked difference from offline polling data showing that most people are ideologically moderate, uninterested in politics, and avoid political discussions when they are able (...) This renders moderate opinions effectively invisible on social media, leaving the most extreme perspectives most visible for users«.

Abbildung 4 visualisiert diesen Sachverhalt.



*Abbildung 4: Die Unsichtbarkeit moderater Meinungen verändert die Wahrnehmung des Politikspektrums (Quelle: Robertson et al. 2024: 5)*

- Im linken Panel abgebildet ist der wahre Sachverhalt: Im politischen Meinungsspektrum der USA sind die Bürger nahezu normalverteilt, ähnlich einer Gaußschen Glockenkurve: Die überwiegende Mehrheit befindet sich im mittleren Spektrum. Die Ränder links und rechts sind dünn besetzt.
- Im mittleren Panel ist dargestellt, wie die Platform ›X‹ bzw. ›Twitter‹ das mittlere Spektrum weitgehend ausblendet, weil moderate Tweets kaum vorkommen und die bei weitem überwiegende Mehrheit politischer Tweets von relativ wenig Usern abgesetzt wird, die an den extremen Rändern verortet sind.
- Im rechten Panel ist dargestellt, wie dies die Wahrnehmung des Meinungsspektrums verändert: Anstatt der Gaußschen Normalverteilung entsteht der Eindruck einer bipolaren Verteilung mit zwei stark besetzten Rändern links und rechts und einer ausgehöhlten Mitte. Im Abgleich mit der Realität ist das durch die (un-)sozialen Medien gezeichnete Bild also stark verzerrt.

Vor diesem Hintergrund gelangen die Autoren zu folgender Einschätzung:

»Considering that online discourse is dominated by the most extreme people, it is not surprising that negativity, intergroup hostility, and polarization are strikingly prevalent online—often exceeding exposure to similar content in the real world and all other forms of media (...) The most widely shared content on Twitter/X and Facebook is moralized content, such as expressions of outrage and hostility towards political outgroups« (Robertson et al. 2024: 6).

Die Autoren gehen in ihrer Analyse aber noch weiter. Sie dokumentieren, dass viele Internet-User mit den (un-)sozialen Medien durchaus unzufrieden sind und sich eigentlich wünschen würden, dass Form und Inhalt moderater wären. Die meisten präferieren eine weniger emotionale und stattdessen stärker sachliche, faktenorientierte Auseinandersetzung: »While most users acknowledge that negative and extreme content is most prevalent online, the majority of users say they would prefer more positive and nuanced content« (ebd.: 7).

Damit werfen die Autoren die Frage auf, wie es zu erklären ist, dass die (un-)sozialen Medien die explizit geäußerten Wünsche der Nachfrager so schlecht bedienen. Und auf diese Frage geben sie zwei Antworten, die sich wechselseitig ergänzen.

- Ihre erste Antwort verweist auf die Besonderheiten medialer Geschäftsmodelle in der internetbasierten Aufmerksamkeitsökonomie. Hierzu liest man: »Social media operates in an attention economy, where design features and algorithms are designed to elicit as much engagement as possible (...) Platforms then sell ad space to companies based on indices of attention. As such, there is a strong incentive for users to create content that maximizes engagement – rather than content that reflects reality. And, given that those who are the most active on social media are also the most extreme (...), this creates a perverse incentive structure to reward surprising, negative, extreme or divisive content« (ebd.: 8).
- Ihre zweite Antwort verweist auf die besondere Anreizsituation zugunsten moralischer Stigmatisierung in den sozialen Netzwerken der Internetplattformen. Hierzu liest man: »[N]uanced or moderate posts often risk hostility from more extreme ingroup and outgroup members, especially since such hostility has no cost for the aggressor due to the social distance the online environment affords« (ebd.).

(2) Aus ordonomischer Sicht sind dies signifikante Hinweise auf das Vorliegen eines *sozialen Dilemmas*, also auf eine Situation *rationaler Ineffizienz*, mit deren Ergebnis *alle* unzufrieden sind, und zwar gerade auch diejenigen, die mit ihren Handlungen das beklagswerte Ergebnis aktiv herbeiführen.

Die *Logik der kollektiven Selbstschädigung*, die sich hier situativ entfaltet, kann man recht anschaulich mit dem Modell eines N-Personen-Gefangenendilemmas einfangen (vgl. hierzu Abbildung 5).

Abgebildet ist die typische Anreizsituation eines politisch aktiven Internet-Users A, der unter Konkurrenzdruck steht. Der Gegenspieler R repräsentiert den Rest

der Gruppe aller politisch aktiven Internet-User. Sie alle stehen vor der Wahl, ihre Posts moderat oder krawallig zu gestalten. Mithin sind vier Ergebniskonstellationen zu unterscheiden. Die Zahlen in den vier Quadranten entsprechen den ordinalen Nutzenwerten von A (mit  $4 > 3 > 2 > 1$ ).

- Quadrant IV ist für A der *worst case* (Payoff 1): In der medialen Aufmerksamkeitsökonomie erleidet er gravierende Wettbewerbsnachteile, wenn er sich moderat verhält und seine Konkurrenten mit krawalligen Posts das Geschäft machen.
- Quadrant II ist für A der *best case* (Payoff 4): Wenn sich die Konkurrenten moderat zurückhalten, kann er mit krawalligen Posts einen Wettbewerbsvorteil ausspielen und das Geschäft machen.
- Die Quadranten I und III sind durch symmetrische Strategiekombinationen gekennzeichnet. Folglich gibt es hier keine wettbewerblichen Vorteile oder Nachteile. Insofern ist es plausibel, davon auszugehen, dass A lieber in einer Welt sachlicher Kommunikation (Quadrant I, Payoff 3) als in einer Welt entfesselter Wut- und Hass-Kommunikation (Quadrant III, Payoff 2) leben möchte.

		R	
		krawallig	moderat
		IV	I
A	moderat	1	3
	krawallig	2	4
Gleichgewicht		• A hat eine <b>dominante Strategie</b> („krawallig“) • Per Symmetriannahme hat R die <b>gleiche</b> dominante Strategie • Mithin ist Q III das <b>Gleichgewicht</b> in diesem Spiel • Aber <b>alle</b> Spieler sind <b>unzufrieden</b> , weil sie Q I klar vorgezogen hätten • Erklärung: Q III stellt sich ein als <b>nicht-</b> intendiertes Ergebnis intentionalen Handelns	

Abbildung 5: Die ordonomische Situationsdiagnose mit Hilfe des Gefangenendilemmas (Quelle: eigene Darstellung)

Mit dieser Modellierung verbinden sich mehrere Pointen:

- Die erste Pointe besteht darin, dass hier – anreizbedingt – eine *kollektive Selbstschädigung* stattfindet. Technisch ausgedrückt, liegt ein pareto-inferiores Nash-Gleichgewicht vor. Das bedeutet: Rationale Akteure sind nicht in der Lage, ein gemeinsames Ziel wechselseitiger Besserstellung wirksam zu verfolgen.

- Die zweite Pointe besteht darin, mit diesem Modell den verschiedensten Varianten der allseits beliebten *Verschwörungstheorien* entgegenzutreten. Der Missstand, den es zu beklagen gilt, wird nicht absichtlich herbeigeführt, sondern *unabsichtlich*. Wir haben es mit einer *systemischen* Verursachung zu tun. Moralisch gesprochen, ist für den Missstand kein einzelner Akteur individuell verantwortlich (zu machen). Das Problem liegt nicht auf der Ebene individueller *Intentionen*, sondern auf der Ebene gesellschaftlicher *Institutionen*. Hier greift die klassische Formulierung ordonomischer Ethik: »Unter Wettbewerbsbedingungen avanciert die institutionelle Rahmenordnung zum systematischen Ort der Moral« (Homann/Pies 2000: 336, H. i. O.).
- Eine dritte Pointe besteht darin, dass sich die Anbieter politischer Tweets in einem sozialen Dilemma befinden, das letztlich durch die *Nachfrager* verursacht wird. Diese Problemkonstellation ist übrigens in der Unternehmensethik generell anzutreffen: Der Ruf nach Unternehmensverantwortung wird immer dort laut, wo Konsumenten freiwillig nicht bereit sind, öffentliche Güter zu finanzieren oder externe Effekte zu internalisieren. Insofern kann man die hier gestellte Diagnose vervollständigen, indem man ein soziales Dilemma modelliert, in dem die Nachfrager je individuell vor der Wahl stehen, krawallige Posts zu konsumieren oder lieber Abstand davon zu nehmen. Aber auch hier gilt: Für das beklagenswerte Ergebnis ist kein einzelner Akteur individuell verantwortlich (zu machen).

(3) Die ordonomische Diagnose des Problems lässt sich durch eine zusätzliche Reflexion noch weiter vertiefen. Diese Reflexion betrifft die diskursive Dynamik politischer Eskalation. Wenn man den aktuellen Status quo genealogisch verstehen will, sind die folgenden Überlegungen hilfreich, die hier in vier Schritten entwickelt werden sollen.

**Erster Schritt:** In hitzig geführten Moraldebatten lässt sich ein Phänomen beobachten, für das aus ordonomischer Sicht die Bezeichnung ›Monstrositäts-Imagination‹ vorgeschlagen wird. Der Sache nach handelt es sich um eine diametrale Umkehrung des ›charity principle‹: Der Gegenseite werden nicht gute Absichten unterstellt, sondern ganz im Gegenteil schlechte Absichten und sogar die denkbar *schlechtesten* Absichten, so als habe man es mit reiner Böswilligkeit zu tun. ›Monstrositäts-Imagination‹ liegt beispielsweise vor, wenn der renommierte Virologe Christian Drosten (2022) die Argumente ebenfalls renommierter Wissenschaftler als ›Corona-Relativismus‹ und sogar als ›Sabotage‹ einer effektiven Pandemie-Politik einstuft. Eine solche ›Monstrositäts-Imagination‹ ist gewissermaßen die Extremform affektiver Polarisierung, weil auf Dissens nicht mit einem Sachargument, sondern mit Dämonisierung: mit personalisierter Denunziation reagiert wird, was letztlich auf einen Argumentationsabbruch hinausläuft. So gerät der demokratische Diskurs in die Bredouille.

**Zweiter Schritt:** In politischen Debatten kann es passieren, dass es zum Phänomen *reziproker Monstrositäts-Imagination* kommt. Die oft mit Extrempositio-

nen geführte Debatte um Migration bietet hierfür reichliches Anschauungsmaterial: (a) Die Rechten sprechen den Linken ab, moralisch motiviert zu sein und etwa das Anliegen zu verfolgen, Menschenleben retten und verhindern zu wollen, dass das Mittelmeer mit Leichen übersät wird. Stattdessen unterstellen sie ihnen finstere Motive und vermuten beispielsweise, das deutsche Volk solle ausgetauscht werden. Diese Variante von ›Monstrositäts-Imagination‹ äußert sich dann gerne in Slogans wie ›Ausländer raus!‹ oder ›Deutschland den Deutschen!‹. (b) Umgekehrt sprechen die Linken den Rechten ab, moralisch motiviert zu sein und etwa das Anliegen zu verfolgen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern und importierten Anti-Semitismus sowie eine Zuwanderung in die Sozialsysteme verhindern zu wollen. Stattdessen unterstellen sie ihnen finstere Motive und vermuten beispielsweise, hier sei nichts anderes als Fremdenhass und pure Menschenfeindlichkeit am Werk. Diese Variante von ›Monstrositäts-Imagination‹ äußert sich dann gerne in Slogans wie ›Nazis raus!‹ oder ›Menschenrechte statt rechte Menschen!‹.

Dritter Schritt: Wenn Systemprobleme im politischen Prozess über längere Zeit gar nicht oder nicht erfolgreich adressiert werden, staut sich in der Bevölkerung Frustration an. Dann wird nach Schuldigen gesucht. Und diese Schuldigen findet man natürlich leicht in der jeweiligen Regierung bzw. beim Leitungspersonal des ›herrschenden Systems‹: den ›Eliten‹ in Politik und Medien, Wirtschaft und Wissenschaft. Das besonders Interessante am Aufkommen einer *populistischen Elitenkritik* ist nun, dass die politische Frontstellung gewissermaßen aus der Horizontalen in die Vertikale kippt: Die maßgebliche Dimension der politischen Auseinandersetzung in der demokratischen Öffentlichkeit ist dann nicht mehr ›links versus rechts‹, sondern ›oben versus unten‹. Damit eröffnet sich ein weites Feld für Kommunikationsformen der Beschuldigung und Beschimpfung und mithin für ›Monstrositäts-Imagination‹. Um hier nur ein Beispiel zu nennen: Eine spezifisch *populistische* ›Monstrositäts-Imagination‹ liegt vor, wenn Alice Weidel im Hinblick auf die 2024 amtierende Ampel-Koalition in einer Rede im Deutschen Bundestag zu Protokoll gibt: ›Diese Regierung hasst Deutschland‹ (Weidel 2024: 19130).

Vierter Schritt: Das Feld für ›Monstrositäts-Imagination‹ wird nochmals radikal erweitert, wenn im Hinblick auf ›Elitenbeschimpfung‹ der *Genitivus objectivus* um einen *Genitivus subjectivus* ergänzt wird, wenn also die vom Volk beschimpften Eliten nun ihrerseits den Spieß umdrehen und als Eliten das Volk beschimpfen. Besonders beliebt ist, beträchtlichen Teilen der Bevölkerung – also des Volkes als dem Souverän der Demokratie – mangelhaftes Demokratieverständnis oder noch radikaler gar Demokratiefeindlichkeit und finsterste Absichten vorzuwerfen, indem man sie als unzivilisierte ›Wutbürger‹ und völkische ›Rassisten‹ adressiert. Zur Illustration einer prononciert *anti-populistisch* gewendeten ›Monstrositäts-Imagination‹ mögen hier drei Beispiele genügen. (a) Am 9. Juni 2024, dem Tag der Wahlen zum Europäischen Parlament, bezeichnete der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil in einer abendlichen Fernsehsendung auf NTV Alice Weidel und ihre

Partei vor laufender Kamera als ›Nazis‹.<sup>1</sup> (b) Als Reaktion auf die Ergebnisse der Europawahl sendete der von populistischen Kritikern vielfach als ›gleichgeschaltetes‹ Staatsfernsehen und als der ›Lügenpresse‹ zugehörige Sendeanstalt geschmähte Mitteldeutsche Rundfunk am 10. Juni 2024 einen Podcast mit dem Titel: ›Wagenknecht und AfD überall: Hat der Osten sich verwöhlt?‹ (MDR 2024). (c) Am 6. Oktober 2024 ruft der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel seine Partei dazu auf, Sahra Wagenknecht als ›Nationalbolschewistin‹ zu ächten.<sup>2</sup>

(4) Mit diesen vier Schritten zur Analyse diskursiver Eskalationsdynamik (von der *einfachen* ›Monstrositäts-Imagination‹ über die *reziproke* bis hin zur *populistischen* und *anti-populistischen* ›Monstrositäts-Imagination‹) sowie mit den vorausgegangenen Analysen zur Logik kollektiver Selbstschädigung und zur medialen Wahrnehmungsverzerrung lässt sich ordonomisch nachzeichnen, wie es im politischen Raum der demokratischen Öffentlichkeit zu einer Verkeilung zunehmend radikalisierter Positionen kommt, die sich selbst für gut und die jeweilige Gegenseite – sei sie links oder rechts, sei sie oben oder unten verortet – für böse halten. Die mittlerweile von *allen* Seiten durch *Moralisierung* – und das heißt: im selbstgerechten Modus guten Gewissens – vorangetriebene *affektive Polarisierung* (*populistischer* und *anti-populistischer* Provenienz) läuft letztlich auf ein demokratiegefährdendes Diskursversagen hinaus, das durch Argumentationsverweigerung immer weiter zementiert wird. Mittlerweile zeichnen sich deutliche Tendenzen ab, die Meinungskorridore gezielt zu verengen und die jeweilige Gegenseite sprachpolizeilich neuen Formen der Zensur zu unterwerfen. Tribalisation und Tribunalisierung treten als Zwillingsphänomene auf.

- 
- 1 In der Stuttgarter Zeitung (2024) liest man hierzu: »Klingbeil sagte auf die Frage, ob er bei der Bundestagswahl 2025 mit einem ähnlichen Ergebnis wie bei der Europawahl rechne, beides könne nicht miteinander verglichen werden. ›Ich glaube auch, dass das Ergebnis der Europawahl viele Menschen nochmal wachrüttelt, dass die Nazis bei dieser Wahl stärker geworden sind und ich glaube da wachsen viele auf und kämpfen für die Demokratie‹, fügte der SPD-Vorsitzende hinzu. ›Wen meinen Sie denn damit?‹, fragte Weidel daraufhin scharf. ›Das wissen Sie, dass ich die AfD und Sie meine‹, entgegnete Klingbeil. Und auf Weidels Rückfrage: ›Sie haben mich und die Partei gerade als Nazis bezeichnet?‹, legte der SPD-Chef noch einmal mit einem klaren ›Ja‹ nach« (Stuttgarter Zeitung 2024). Klingbeil hat diese Aussage nachträglich mehrfach bekräftigt. Hierzu liest man beispielsweise in der WELT (2024): »SPD-Chef Lars Klingbeil hat den Nazi-Vorwurf gegen die AfD und ihre Repräsentanten bekräftigt. ›Wer sich bewusst dort engagiert und sagt: ›Ich will da Verantwortung übernehmen‹, der ist natürlich ein Rechtsextremist, ein ›Nazi‹« (vgl. Welt 2024), sagte Klingbeil im Talk-Format ›Politikergrillen mit Jan Philipp Burgard‹ im Nachrichtensender WELT TV.
  - 2 Hierzu liest man bei MSN (2024): »Der frühere SPD-Parteichef Sigmar Gabriel warnt seine Partei davor, Koalitionen mit dem BSW von Sahra Wagenknecht einzugehen. ›Frau Wagenknecht ist eine Nationalbolschewistin. Ihr Programm ist nicht meilenweit von dem der AfD entfernt. Im Bund darf diese Frau keinerlei Einfluss bekommen und am besten auch nicht in den Ländern‹, sagte Gabriel dem ›Handelsblatt‹.

Aus ordonomischer Sicht lässt sich der Problemkern dieses Komplexes zusammenhängender Phänomene wie folgt beschreiben: Beim ›moral grandstanding‹ (vgl. Tosi/Warmke 2016) ist die subjektive Situationswahrnehmung asymmetrisch, die objektive Situation hingegen symmetrisch. Subjektiv wähnen sich viele Akteure in einer Situation, in der sie moralisch gefordert sind, ›Haltung zu zeigen‹, um das Gute gegen das Böse zu verteidigen. Objektiv hingegen sind sie kategorial blind dafür, dass *alle* beteiligten Seiten mit ihrer unnachgiebigen, intoleranten ›Haltung‹ die Eskalationsspirale *symmetrisch* weiter vorantreiben, weil jede (*durch* die Gegenseite) provozierte Reaktion im Modus affektiver Polarisierung ihrerseits neue Reaktionen (*von* der Gegenseite) provoziert, auf die man dann natürlich wiederum reagieren muss, so dass der Emotionspegel der politischen Wutkommunikation *wechselseitig* hochgeschaukelt wird. Die Folge: Persönliche Beleidigungen werden zunehmend verletzend, die politischen Gräben tiefer, die kommunizierten Gegensätze immer unversöhnlicher.

Man muss kein Hellseher sein, um zu erahnen, was in nicht allzu ferner Zukunft auf uns (in Deutschland und in Europa, erst recht in den USA und in Großbritannien) zukommen könnte, wenn wir nicht rechtzeitig zur Besinnung kommen: eine moralische Selbstermächtigung zum Widerstand gegen das Böse, Gewalt auf den Straßen, politische Attentate, Ordnungsverfall und Verfassungskrise. *Diskursversagen ist nun einmal die Achillesferse der Demokratie*. Wird es nicht überwunden, landet man letzten Endes unweigerlich beim Bürgerkrieg, dem gesellschaftlichen ›Default Modus‹, auf den man zurückfällt, wenn die zivilisierten Verfahren politischer Konfliktlösung *partout* nicht mehr funktionieren.

#### 4. Therapie: Zur Versachlichung politischer Diskurse

Aus ordonomischer Sicht können (und sollten!) Individualethik und Ordnungsethik Hand in Hand arbeiten. Deshalb skizziert dieser Abschnitt, was wir je individuell und was wir kollektiv tun könnten, um dem diagnostizierten Diskursversagen mit geeigneten Therapien wirksam zu begegnen.

(1) Individualethisch kommt es darauf an, Verhaltensweisen einzuüben, die darauf an-gelegt sind, die in Face-to-Face-Kontexten üblichen Morallnormen durch eine neue ›(N)Etikette‹ ergänzend zu flankieren. Orientiert an Paul Watzlawicks ironischer ›Anleitung zum Unglücklichsein‹ (vgl. Watzlawick 2001 [1983]) skizziert Abbildung 6 ganz analog eine satirische ›Anleitung zum Unglücklichmachen‹ (für weitere Inspirationsquellen vgl. Boghossian/Lindsay 2019; Galef 2021; Joshi 2021; Craitu 2024 sowie grundlegend Kling 2017).

1.	Wähle eine Position und mache sie zum Dreh- und Angelpunkt Deiner Identität und Loyalität, nach dem Motto: „ <i>Right or wrong, my tribe!</i> “	4.	Bestärke die Mitglieder der In-Group in der Wahrnehmung, bedroht zu werden und sich gegen Angriffe der Out-Group verteidigen zu müssen.	6.	Vermine das sprachliche Gelände: Erkläre Worte für verboten und schließe das Meinungsfenster hermetisch ab.
2.	Verorte die Gegenposition im Land des Bösen.	5.	Fördere das Ausleben exzessiver Dichotomie(n) zur moralischen Selbstbe(s)tätigung: Im Namen der Moral kann man keine Fehler machen (bzw. eingestehen).	7.	Stelle jedes Mitglied der In-Group an den Pranger, sobald es Verständnis für die Out-Group und deren Anliegen aufzubringen versucht: Verrat darf man nicht dulden, Verräter nicht tolerieren.
3.	Bestärke die Mitglieder der In-Group darin, Vertreter des Guten zu sein.				

*Abbildung 6: Vorsicht Satire: Anleitung zum Unglücklichmachen!  
(Quelle: eigene Darstellung)*

Wer individuell einen Beitrag leisten möchte, der Eskalationslogik affektiver Polarisierung Sand ins Getriebe zu streuen, kann damit beginnen, bei jedem einzelnen der sieben Punkte genau das Gegenteil von dem zu tun, was ihm diese Anleitung empfiehlt. Ergänzend würde es helfen, den Kontakt und die persönliche Bekanntschaft mit Andersdenkenden nicht zu meiden.<sup>3</sup> Generell ist zu empfehlen, stets davon auszugehen, dass ausnahmslos jeder politischen Position, die ernsthaft vertreten wird, ein moralischer Kern im Sinne eines legitimen Anliegens zugrunde liegt – und dass ausnahmslos jede politische Position, die ernsthaft vertreten wird, einer Tendenz zur Übertreibung und Verfälschung ausgesetzt ist, die sie potentiell korrekturbedürftig macht.

(2) Ordnungsethisch kommt es darauf an, sich kollektiv mit Anreizarrangements zu versorgen, die der Logik kollektiver Selbstschädigung wirksam Einhalt gebieten. Aus ordonomischer Sicht mag es genügen, hier ganz kurz drei Hinweise zu geben.

■ Erstens: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bedarf einer grundlegenden Reform. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er in Westdeutschland – aus guten Gründen – so konstitu(tionalis)iert, dass er als staatstragende Institution die Demokratie stabilisiert. In einer Zeit jedoch, in der das Phänomen anti-

3 In einer Untersuchung des Kommunikationsverhaltens von 15.000 Teilnehmern aus Deutschland kommen sie zu zwei Erkenntnissen, die hier von Interesse sind: (a) »[T]hose who do not have close contacts among outgroup parties exhibit more than twice as high levels of affective polarization compared to those who report having many close contacts in the outparties« (Blattner/Koenen 2023: 15). (b) »[W]e provide evidence that even a short conversation with a political opponent can significantly reduce animosity toward supporters of other political parties« (ebd.: 29).

populistischer ›Monstrositäts-Imagination‹ immer ubiquitärer wird, mutiert ausgerechnet der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu einem Herrschaftsinstrument, das die Regierung gegen Angriffe der Opposition verteidigt, sie zu Angriffen auf die Opposition befähigt – und ihr dabei auch noch aktiv assistiert. Um es in aller Klarheit zu sagen: In dieser besonderen Konstellation legt anti-populistischer ›Haltungs-Journalismus die Lunte an das Pulverfass eines mit Zwangsgebühren finanzierten Mediensystems. Es ist nun einmal nicht nachhaltig, einen beträchtlichen Teil seiner Financiers zu beschimpfen, zu bevormunden oder gar zu bekämpfen. Folglich müssen entweder die Zwangsgebühren abgeschafft werden, oder der gegenwärtig hypertrophe öffentlich-rechtliche Rundfunk muss drastisch zusammengestutzt und inhaltlich neu so ausgerichtet werden, dass die von allen Bürgern erhobenen Zwangsgebühren auch tatsächlich *allen* Bürgern *zumutbar* sind. Um hier ein konkretes Beispiel für ein Ordnungsprinzip zu geben, das aus ordonomischer Sicht gut geeignet wäre, die längst überfällige Neustrukturierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzuleiten: Wer mit Zwangsgebühren finanziert wird, sollte nicht zusätzlich Werbeeinnahmen generieren dürfen. Finanzprivilegien stehen einem fairen Leistungswettbewerb im Weg.

- Zweitens benötigen wir einen Ordnungsrahmen, der Räume öffnet, in denen Privatfernsehen, Privatrundfunk, private Printmedien und insbesondere die internetbasierten ›Social Media‹ mit Aussicht auf Erfolg neue Geschäftsmodelle ausprobieren können. Hier würde es helfen, sich nicht länger einer mit Zwangsgebühren subventionierten Substitutionskonkurrenz ausgesetzt zu sehen. Aber es geht um weit mehr als nur das. Wir benötigen neue Anreizarrangements für den Aufbau funktionaler Glaubwürdigkeits- und Reputationskaskaden. Und genau dafür sollten wir die Stärke des demokratischen Pluralismus nutzen und Wettbewerb als Entdeckungsverfahren einsetzen. Um es konkret zu machen: Warum widmen wir nicht einen Teil der heutigen Rundfunkgebühren um und richten damit für jeden Bürger ein Medienkonto ein? Dieses Medienkonto könnte direkt oder indirekt genutzt werden – direkt, um individuell ausgewählte Bezahl-Abonnements bei privaten Medien-Anbietern zu finanzieren; indirekt, um beispielsweise individuell ausgewählte Stiftungen zu finanzieren, die ihrerseits Bezahl-Abonnements bei privaten Medien-Anbietern auswählen. Auf diese Weise ließe sich ein Wettbewerbsmechanismus in Gang setzen, demzufolge Stiftungen (und andere Mediatoren) darum konkurrieren, Informationsquellen zu finanzieren. Das System könnte so ähnlich arbeiten wie die Stiftung Warentest, nur mit dem Unterschied, dass hier nicht ein Monopolmodell, sondern ein Wettbewerbsmodell mit zahlreichen Stiftungen angestrebt wird, die Gütekriterien für mediale Informationsangebote aufstellen – und durchsetzen. Auf diese Weise ließe sich der affektiven Polarisierung wirksam Einhalt gebieten. Das differenzierte Bezahlprogramm der Plattform ›Substack‹ liefert ein weiteres Beispiel dafür, wie es gehen könnte, kaskadenhafte Glaubwürdigkeitsanreize und Statuszugewinne zu organisieren, die das

Systemvertrauen in wahrhaftige Expertise wieder herstellen und substanzuell stärken.

- Drittens benötigen wir neue Formate und insbesondere höhere Standards für die intellektuelle Auseinandersetzung in der demokratischen Öffentlichkeit. Dies gilt insbesondere für politische Themen. Warum sollten wir uns damit abfinden, dass viele Diskussionsrunden – epistemisch desaströs – als rhetorischer Wettkampf angesetzt sind, bei dem es darauf ankommt, die Gegenseite denkbar schlecht dastehen zu lassen und sie nach Möglichkeit zu übertölpeln, zu desavouieren und zu besiegen? Wäre es da nicht besser, das ›Mental Model‹ von ›Kampf‹ auf ›Tausch‹ umzustellen und Diskussionsrunden so zu organisieren, dass gemeinsames Lernen im Vordergrund steht? Um hierfür ein konkretes Beispiel zu geben: Warum etablieren wir nicht den ›Ideological Turing Test<sup>4</sup> (vgl. Caplan 2011) als Standard *kognitiver Empathie* zur *Anhebung des Diskussionsniveaus*? Das würde bedeuten, dass Diskutanten zu Beginn ihrer argumentativen Auseinandersetzung nicht die eigene Position, sondern in eigenen Worten die Position des Gegenüber darstellen müssen. Es handelt sich gewissermaßen um einen Test intellektueller Kompetenz und Seriosität: Formuliert man die Position, zu der man eine Gegenposition vertritt, ebenso verständig und verständlich wie die Anhänger der Position selbst? Wie gut kennt man eigentlich die Argumente, zu denen man Gegenargumente vorbringen möchte? – Mit diesem Standard würden wir eine ganz andere Diskussionskultur anleiten: Diskutanten hätten Anreize, sich nicht primär als Antagonisten zu verhalten, sondern als Diskussionspartner, die zum *wechselseitigen Vorteil* (und zum Vorteil des Publikums) den *Austausch* von Argumenten sachorientiert und verständigungsorientiert vorantreiben.

## 5. Fazit

Jede Medienrevolution löst gesellschaftliche Turbulenzen aus. Das war beim Buchdruck so, bei der Einführung der Zeitung, des Telegraphen, des Radios, des Fernsehens, und es ist heute im Zeitalter von ›Social Media‹ nicht anders. Wir werden – wie ehedem auch schon – lernen müssen, mit den neuen Technologien besser umzugehen.

Als Bürger einer Demokratie sind wir nicht dazu verurteilt, dass sich die politischen Lager immer weiter voneinander entfernen und entzweien. Dichotom(an)ie ist kein Schicksal. Vielmehr haben wir es in der Hand, uns so zu organisieren, dass wir uns politisch wieder zusammenfinden. Ein sachlicher Politikdiskurs vertieft nicht Trennendes, sondern stiftet Verbindendes – im Modus der Zusam-

---

<sup>4</sup> »[T]he ability to pass ideological Turing tests – to state opposing views as clearly and persuasively as their proponents – is a genuine symptom of objectivity and wisdom« (Caplan 2011).

menarbeit: als gemeinsames Ringen um gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme.

Hierbei kann Ethik helfen, indem sie erstens darauf aufmerksam macht, inwiefern der Hang (oder gar Drang), ›Haltung zu zeigen‹, die bedenkliche Tendenz aufweist, dem moralischen Anliegen wechselseitiger Verständigung in politischen Diskursen einen Bären Dienst zu erweisen. Zweitens kann Ethik in Erinnerung rufen, dass wettbewerblicher Antagonismus kein Selbstzweck ist und dass es in der Politik sowie in der demokratischen Öffentlichkeit – wie in den Subsystemen der Wirtschaft und Wissenschaft auch – auf geeignete Ordnungsanreize ankommt, die Konkurrenz für die Förderung gesellschaftlicher Kooperation in Dienst nehmen.

Um es ganz kurz zusammenzufassen: Ohne eine Re-Kultivierung unserer Diskurse droht der politische Prozess zu entgleisen. *Diskursversagen ist die Achillesferse der Demokratie.*

## Literaturverzeichnis

- Blattner, A./Koenen, M. (2023): Does Contact Reduce Affective Polarization? Field Evidence from Germany. Working Paper. Link: [https://martinkoenen.com/files/Does\\_Contact\\_Reduce\\_Affective\\_Polarization.pdf](https://martinkoenen.com/files/Does_Contact_Reduce_Affective_Polarization.pdf) (zuletzt abgerufen am 05.09.2024).
- Boghossian, P./Lindsay, J. (2019): How to Have Impossible Conversations. A Very Practical Guide, New York: Hachette Book Group.
- Caplan, B. (2011): The Ideological Turing Test. Econlog Post vom 20. Juni 2011. Link: [https://www.econlib.org/archives/2011/06/the\\_ideological.html#:~:text=Bryan%20Caplan.%20In%20a%20Turing%20Test,%20a%20computer%20tries%20to](https://www.econlib.org/archives/2011/06/the_ideological.html#:~:text=Bryan%20Caplan.%20In%20a%20Turing%20Test,%20a%20computer%20tries%20to) (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Craitu, A. (2024): Why Not Moderation? Letters to Young Radicals, Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Drosten, C. (2022): Twitter-Post vom 29. März 2022. Link: [https://x.com/c\\_drosten/status/1508727098881544194](https://x.com/c_drosten/status/1508727098881544194) (zuletzt abgerufen am 05.10.2024).
- Edelman (2023a): Trust Barometer – Global Report. Link: <https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2023-03/2023%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report%20FINAL.pdf> (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Edelman (2023b): Trust Barometer – Germany Report. Link: [https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2023-04/2023%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Report%20-%20GER\\_2.pdf](https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2023-04/2023%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Report%20-%20GER_2.pdf) (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Galef, J. (2021): The Scout Mindset: Why Some People See Things Clearly and Others Don't, New York: Portfolio.
- Greene, J. (2013): Moral Tribes. Emotion, Reason, and the Gap between Us and Them, New York: The Penguin Press.
- Herold, M./Joachim, J./Otteni, C./Vorländer, H. (2023): Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern, MIDEM Studie 2023–2. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden. Link: <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/polarisierung-in-deutschland-und-europa/> (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Homann, K./Pies, I. (2000): Wirtschaftsethik und Ordnungspolitik – Die Rolle wissenschaftlicher Aufklärung, in: Leipold, H./Pies, I. (Hrsg.): Ordnungstheorie und Ordnungspolitik. Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven, Stuttgart: Lucius & Lucius, 329–346.

- Joshi, H. (2021): Why It's OK to Speak Your Mind, New York, London: Routledge.
- Kling, A. (2017): The Three Languages of Politics: Talking Across the Political Divides, Washington: Cato Institute.
- MDR (2024): Wagenknecht und AfD überall: Hat der Osten sich verwählt?, Podcast Wahlkreis Ost vom 10.06.2024. Link: <https://www.youtube.com/watch?v=NFUA5WKIBeE> (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- MSN (2024): Ex-SPD-Chef Gabriel: »Wagenknecht ist eine Nationalbolschewistin«. Online-Artikel vom 06.10.2024. Link: [https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ex-spd-chef-gabriel-wagenknecht-ist-eine-nationalbolschewistin/ar-AA1rM7NQ?ocid=msedgnt\\_p&pc=U531&cvid=c244ebf1af3f44218ae4994f9695ee5&ei=28](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ex-spd-chef-gabriel-wagenknecht-ist-eine-nationalbolschewistin/ar-AA1rM7NQ?ocid=msedgnt_p&pc=U531&cvid=c244ebf1af3f44218ae4994f9695ee5&ei=28) (zuletzt abgerufen am 06.10.2024).
- Petersen, T. (2023): Der Freiheitsindex Deutschland 2023, in: Schatz, R./Petersen, T./Schmidt, R. E. (Hrsg.): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International, Zürich: InnoVatio Verlag, 65–78. Link: [http://www.mediatenor.com/images/library/reports/Freiheitsindex\\_2023.indd%20-%20Freiheitsindex\\_2023\\_web.pdf](http://www.mediatenor.com/images/library/reports/Freiheitsindex_2023.indd%20-%20Freiheitsindex_2023_web.pdf) (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Petersen, T./Schmidt, R. E. (2023): Erosion der subjektiven Meinungsfreiheit. Tiefster Stand seit Erhebungsbeginn vor 70 Jahren, in: Schatz, R./Petersen, T./Schmidt, R. E. (Hrsg.): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International, Zürich: InnoVatio Verlag, 17–23. Link: [http://www.mediatenor.com/images/library/reports/Freiheitsindex\\_2023.indd%20-%20Freiheitsindex\\_2023\\_web.pdf](http://www.mediatenor.com/images/library/reports/Freiheitsindex_2023.indd%20-%20Freiheitsindex_2023_web.pdf) (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Pies, I. (2009a): Moral als Heuristik. Ordonomische Schriften zur Wirtschaftsethik, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).
- Pies, I. (2009b): Moral als Produktionsfaktor. Ordonomische Schriften zur Unternehmensethik, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).
- Pies, I. (2022a): 30 Jahre Wirtschafts- und Unternehmensethik: Ordonomik im Dialog, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).
- Pies, I. (2022b): Kapitalismus und das Moralparadoxon der Moderne, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).
- Pies, I. (2022c): Das Moralparadoxon der Moderne, in: Pies, I. (2022): Kapitalismus und das Moralparadoxon der Moderne, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb), 54–119.
- Pies, I. (2024): Schwierigkeiten (mit) einer Tugendethik des Marktes – Theoriestrategische Überlegungen aus ordonomischer Sicht, Diskussionspapier Nr. 2024–06 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle. Link: <https://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=69111&elem=3578648> (zuletzt abgerufen am 25.11.2024).
- Pies, I. (2025): Ordnungsökonomik, Ordnungsethik, Ordonomik – Eine deutsche Traditionslinie methodologischer Theoriebildung, Diskussionspapier Nr. 2025–06 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle. Link: <https://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=70358&elem=3615958> (zuletzt abgerufen am 20.09.2025).
- Robertson, C. E./del Rosario, C./Van Bavel J. J. (2024): Inside the Funhouse Mirror Factory. How Social Media Distorts Perceptions of Norms, PsyArXiv Preprint. Link: [https://osf.io/preprints/psyarxiv/kgcrq?utm\\_source=substack&utm\\_medium=email](https://osf.io/preprints/psyarxiv/kgcrq?utm_source=substack&utm_medium=email) (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Somer, M./McCoy, J. (2019): Transformations Through Polarizations and Global Threats to Democracy, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 681/No. 1, 8–22. Link: <file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Literatur/Somer>

- %20und%20McCoy%20(2019)%20Transformations%20through%20Polarizations.pdf (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Stuttgarter Zeitung* (2024): Nach der Europawahl: Klingbeil betitelt AfD-Chefin Weidel als »Nazi«, Online-Artikel vom 10.06.2024. Link: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nach-der-europawahl-klingbeil-betitelt-afd-chefin-weidel-als-nazi.0430c300-d25e-4cd7-8f29-fec0a8c2901a.html> (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- Tosi, J./Warmke, B.* (2016): Moral Grandstanding, in: *Philosophy & Public Affairs*, Vol. 44/No. 3, 197–217.
- Tosi, J./Warmke, B.* (2020): *Grandstanding: The Use and Abuse of Moral Talk*, Oxford: Oxford University Press.
- Watzlawick, P.* (2001 [1983]): Anleitung zum Unglücklichsein, München: Pieper.
- Weidel, A.* (2024): Rede im Deutschen Bundestag am 31. Januar 2024, in: Plenarprotokoll 20/150, 19128–19130. Link: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20150.pdf> (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).
- WELT* (2024): Klingbeil bekräftigt Nazi-Vorwurf gegen AfD-Funktionäre, Online-Artikel vom 14.06.2024. Link: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article251972176/SPD-Klingbeil-bekraeftigt-Nazi-Vorwurf-gegen-AfD-Funktionaere.html#:~:text=Am%20Wahlabend%20hatte%20SPD-Chef%20Lars%20Klingbeil%20AfD-Chefin%20Alice,betont%3A%20%E2%80%9EDie%20AfD%20will%20ein%20ganz%20anderes%20Land.%E2%80%9C> (zuletzt abgerufen am 04.10.2024).

